

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 Q8
Telefon: (0228) 219039/39
Telex: 0886846 pbon d



Inhalt

Georg Benz, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall, warnt: Rechtsradikalismus verbirgt sich unter vielen Fassaden.
Seite 1-4

Anke Brunn MdL, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von NRW, beschreibt die Situation der FDP des Landes: Profilierungsversuche.
Seite 5

Hans Kühner glossiert, was nach der Erdbebenkatastrophe in Italien hätte geschehen können: Adventliche Fieberphantasie.
Seite 6-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

35. Jahrgang / 234

5. Dezember 1980

Dem Extremismus entschlossen entgegentreten

Rechtsradikalismus verbirgt sich unter vielen Fassaden

Von Georg Benz
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall

Die geschichtlichen Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung lehren uns, daß wir rechtzeitig den Kampf aufnehmen müssen, um politisches Unheil abzuwehren.

Heute wissen wir, daß die Faschisten, mit Hitler an der Spitze, nur deshalb an die Macht kommen konnten, weil damals der größte Teil des Volkes gleichgültig und passiv war und nicht rechtzeitig Widerstand geleistet hat.

Um so mehr verdienen der Mut und die moralische Kraft all jener unsere Bewunderung, die unter Einsatz von Freiheit und Leben Widerstand leisteten oder verfolgte Juden und Gegner des Naziregimes unterstützten. Doch auch sie vermochten die braune Flut nicht mehr aufzuhalten. Aber wir haben ihr Vermächtnis zu wahren.

Wir wollen nicht dazu verurteilt werden, unsere Geschichte noch einmal zu erleben.

Die Gewerkschaften erkannten es nach 1945 als eine ihrer wichtigsten Verpflichtungen, ihre leidvollen Erfahrungen an ihre Jugend weiterzugeben. Fester Bestandteil gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist, ausführlich über Ursachen und Auswirkungen des Faschismus zu informieren. Die Gewerkschaftsjugend fährt deshalb seit Jahrzehnten zu den Gedenkstätten der Opfer des Faschismus.

In den ehemaligen Konzentrationslagern von Dachau und Auschwitz oder Lidice und anderswo in Europa können sich unsere jungen Menschen vom Ausmaß der Greuelthaten der faschisti-



sehen Henkersknechte an Ort und Stelle überzeugen. Diese erschütternden Erfahrungen helfen unserer Jugend, politischen Rattenfängern entgegentreten zu können, rechtsradikale Phrasen, Naziverherrlichung und verlogenes Heldentum zu entlarven.

Leider sind nicht nur die NPD und andere rechtsradikale Gruppen ein Beweis dafür, daß dieses düstere Kapitel deutscher Geschichte bis heute noch nicht verarbeitet ist. Wie wäre es sonst zu erklären, daß unsere Kinder in den Schulen so wenig über die Verbrechen Adolf Hitlers hören, über den menschenverachtenden Nationalsozialismus und den Völkermord, der im Namen Deutschlands in vielen Ländern begangen wurde.

Wo führt es hin, wenn von Krieg und Bewährung der Väter, ihren angeblichen Heldentaten berichtet wird und nicht über die Ursachen des Krieges, die Hintergründe und Zusammenhänge?

Wir wissen um die Folgen einer solchen Erziehung. Wir fordern deshalb, daß in allen Schulen gerade auch dieser Teil unserer Geschichte aufgearbeitet wird.

Wir wollen, daß die geistigen Wurzeln gefährlicher politischer Entwicklungen offengelegt, aufgezeigt werden. Wir wollen und werden nicht vergessen, wer einem Adolf Hitler den Weg zur Macht finanziert hat. Ebenso muß Schluß sein damit, daß gewissenlose Geschäftemacher das falsche Heldenepos des Tausendjährigen Reiches in Zeitungen und Filmen vermarkten und damit politisches Kapitel herausschlagen, um gleichzeitig klingende Münze zu scheffeln.

Politische Reaktion und Rechtsradikalismus verbergen sich hinter vielen Fassaden; es geht nicht nur um die NPD. Deshalb muß endlich Schluß sein mit den Beschwichtigungsversuchen, es gäbe bei uns nur eine in Bruchteilen von Prozenten erfaßte Zahl bekannter Rechtsextremisten. Wer das nazistische Sympathiesanzenumfeld mit Statistiken zu widerlegen versucht, betreibt Augenwischerei, weil er nichts aussagt über das Potential, das wieder aktiviert werden könnte.

Die Gewerkschaften haben ihren Kampf für Frieden und gegen Rassenhaß und Völkermord nach dem Ende des Hitlerterrors und dem Zweiten Weltkrieg entschlossener denn je aufgenommen. Zwölf Jahre Faschismus, das bedeutete: Zwölf Jahre ohne freie Gewerkschaften, zwölf Jahre Beseitigung der Pressefreiheit, zwölf Jahre politische Verfolgen, zwölf Jahre Terror, Not, Elend und Hunger!

Wie war die Lage an jenem 8. Mai 1945?

- Die herrschende Klasse war entlarvt,
- der alte Staatsapparat vernichtet,
- das Militär geschlagen,
- die Nazi-partei, der Faschismus zerschlagen.
- Aber Deutschland war ebenfalls am Ende;
eine handlungsfähige Arbeiterbewegung habe es nicht.

Der Geist des Faschismus war nicht tot. Die faschistische Diktatur war nicht von innen heraus überwunden, ihr Ende war militärisch herbeigeführt worden. Die Besetzung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte die notwendige innere Auseinandersetzung der Deutschen selbst mit dem Faschismus und den hinter ihm stehenden Kräften. Gleichzeitig mit dem Aufbau der jungen deutschen Gewerkschaftsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren konnten deshalb die alten Nazis trotz eines vernichtend geschlagenen Hitlers und seiner Helfershelfer an ihrer verderblichen Tradition erneut anknüpfen.

Lautstark und anmaßend greift die NPD heut die Ausländer und ihre Familien an. Ausländer raus! - lautet die Parole. Wir müssen die Bürger in unserem Land davor warnen, diese Parole zu unterschätzen oder gar ihr auf den Leim zu kriechen.



Sie wird mit der gleichen Methode verbreitet wie die Hetzparolen der Nazis gegen das Judentum. Systematisch wird die Ausländerfeindlichkeit geschürt, um für die Ursachen ungelöster gesellschaftlicher Probleme wie Existenzangst, Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsnotstand die ausländischen Arbeitnehmer zu Sündenböcken zu machen. Bewußt verschweigen die Rechtsradikalen, daß wir die ausländischen Arbeitnehmer ins Land geholt haben und welche große Leistungen sie für unsere Volkswirtschaft und unseren Lebensstandard erbracht haben.

Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen gehören zu uns. Sie haben in den Arbeitskämpfen hervorragende Solidarität bewiesen. Wir stehen an ihrer Seite, wenn es darum geht, sie gegen die Anmaßung unverbesserlicher alter und neuer Nazis zu verteidigen. Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen endlich durchgreifende Maßnahmen, mit denen dieser systematisch geschürte Ausländerhaß wirksam bekämpft werden kann.

Rassenhaß und Rechtsextremismus sind eine der gefährlichsten Ursachen des Terrorismus. Nach den eindeutigen Niederlagen der NPD, bei zahlreichen Wahlen und der Schwächung ihrer Anhängerschaft auch durch mehrere Spaltungen bildeten sich bereits 1971 terroristische Splittergruppen.

Zeitgleich mit den Anschlägen der extrem linken Gruppen schrieben auch sie Terror und Gewalt auf ihre braunen Fahnen. Bereits vor etwa zehn Jahren fand man Waffenlager Rechtsradikaler in Bonn. Im März 1971 marschierte eine rechte Terrorgruppe aus Krefeld, mit Schußwaffen und scharfer Munition ausgestattet, vor das Haus des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn, um ihn zu bedrohen; im selben Monat forderte eine "Aktion Widerstand" in Würzburg die "direkte Vernichtung der Verräter Brandt, Wehner, Scheel mit Schußwaffen, Gift und anderen Vernichtungsmitteln".

Im April jenes Jahres stellte die Polizei im Raum Bonn bei der "Aktion Widerstand" mehrere automatische Gewehre, andere Handfeuerwaffen und auch Bomben sicher. Im Juni wurde ein weiteres Waffenlager in West-Berlin aufgehoben.

Die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung tragen nicht nur die ewig Gestrigen, sondern vor allem die seit Jahren in Amt und Würden stehenden politisch Verantwortlichen, die auf dem rechten Auge blind sind. Wie weit das rechtsextremistische Spektrum bis in die Mitte politischer Parteien reicht, zeigen die nationalistischen Kraftsprüche und Diffamierungen:

- Da wird Bundeskanzler Helmut Schmidt als ein "williges und lautstarkes Sprachrohr der kommunistischen Diktatoren in Moskau" bezeichnet;
- die Bonner Regierung "Handlanger ... der Sowjetunion";
- Willy Brandt habe eine "notorisch deutschfeindliche Einstellung";
- da wird behauptet, im Fernsehen mache "eine Handvoll kommunistisch infizierter Intellektueller die öffentliche Meinung".

Mit solchen und ähnlichen Aussagen wird deutlich, mit welchen Mitteln rechtsextremistische Agitation betrieben wird, wer sie zu verantworten hat, auf welche geistige Verwandtschaft und auf welche Reserven in anderen Parteien die Rechtsradikalen verweisen können. Sie sind in den etablierten Parteien ebenso zu suchen wie unter den maßgebenden Vertretern der Wirtschaft. Sie alle in Verbindung mit einer erzkonservativen Rechtsprechung haben diesen Prozeß geduldet oder gefördert und betreiben diese gefährliche Politik auch weiterhin.

Sie sind es, die unermüdlich den Rechtsextremismus herunterspielen. An der Spitze dieser Beschwichtigungspolitik steht der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Noch im März 1980 erklärte er:



"Heutzutage gibt es" in der Bundesrepublik Deutschland "keine Gefahr mehr von rechts; weder im Augenblick noch in der nahen Zukunft".

Zur "Wehrsportgruppe Hoffmann" meint er:

"Wenn jemand Spaß daran hat, am Sonntag mit Rucksack im Kampfanzug mit Kppelschloß durchs Gelände zu spazieren, soll man ihn in Ruhe lassen..."

"Hoffmann hat sich nichts zuschulden kommen lassen."

Mitte August, also sechs Wochen vor dem Münchner Bombenattentat, erklärte der bayerische Innenminister Tandler, seinem Ministerium lägen keine Erkenntnisse darüber vor, daß sich die Wehrsportgruppe Hoffmann weiterhin vereinsmäßig betätige und daß es auch keine Hinweise gäbe, daß ehemalige Mitglieder der Wehrsportgruppe in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv tätig seien.

Kurz darauf geschah das schreckliche Attentat in München, das 13 Tote und 223 Verletzte forderte. Trotzdem hört die bayerische Staatsregierung nicht auf, rechtsextremistische Aktivitäten zu bagatellisieren: Da wird zwar endlich die Wehrsportgruppe Hoffmann verboten, aber Minister Tandler bestreitet auf seine Art, daß der Attentäter aus dieser Gruppe hervorgegangen ist. Gundolf Köhler sei zwar mit ihr in Verbindung gestanden, aber das wäre ein Unterschied. Er sei nur ein Sympathisant der Gruppe gewesen. So wie er versuchen vor allem die CSU und andere mit Verdrehungen und Halbwahrheiten das rechtsextreme Bombenattentat von München den Linken in die Schuhe zu schieben. Solche Methoden erinnern penetrant an die "Kristallnacht" und die Reichstagsbrandlegende Nazideutschlands!

Wir müssen mit der bedrückenden Tatsache leben, daß selbst dieses schreckliche Attentat von München keine Welle von Empörung und Aktion wie in Frankreich oder Italien ausgelöst hat. Dort gingen viele Tausende Demokraten verschiedener politischer Richtungen spontan auf die Straße. Der DGB, die Gewerkschaften haben protestiert. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Empörung und den Abscheu der organisierten Arbeitnehmerschaft zum Ausdruck gebracht und die politischen Hintergründe und Versäumnisse in der Bundesrepublik aufgezeigt.

Die rechtsextremen Bombenleger sitzen an vielen Schalthebeln und Schreibtischen in der Bundesrepublik und anderswo in Europa und der Welt. Sie leben noch immer unter uns und werden nicht zur Rechenschaft gezogen. Ein Grund mehr, daß wir wachsam bleiben! Gundolf Köhler war kein Einzeltäter! Er war Werkzeug und Opfer zugleich. Er kommt aus jenem Sumpf des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, der mehr denn je zu einer Gefahr für Freiheit und Demokratie, für uns alle geworden ist.

Wir werden zukünftig noch konsequenter als bisher alle Kraft aufwenden, um dem Extremismus - welcher Art auch immer - entschlossen entgegenzutreten. Dies gilt dem Terrorismus aller Schattierungen, gleich, ob er sich mit einer linken Maske tarnt oder im rechten Gewande zeigt. Das gleich gilt jedoch auch für den organisierten Rechtsradikalismus; er ist und bleibt der erklärte Feind der demokratischen Arbeiterbewegung und einer freien Gewerkschaft.

Die rechtsxtremen Attentate von Bologna, Paris und München sollten uns alle aufrütteln und alle freiheitsliebenden Menschen mobilisieren.

Alle demokratischen Bürger dieses Landes, die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft sind aufgefordert, mit uns gemeinsam für Frieden, Freiheit und Demokratie gegen Diktatur und Faschismus zu kämpfen.

(-/5.12.1980/bgy/oa)

+ + +



Profilierungsversuche

Die nordrhein-westfälische FDP als außerparlamentarische Opposition

Von Anke Brunn MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen

Bereits am Wahlabend, als sich die absolute Mehrheit der SPD abzeichnete, kündigte der NRW-Landesvorsitzende der FDP, Burghard Hirsch, an, daß die FDP auch bei einer knappen absoluten Mehrheit der SPD in die Opposition gehen werde.

Wäre die FDP unter dieser Voraussetzung gerade über die Fünf-Prozent-Hürde in den Landtag gelangt, hätte sich die SPD fünf Jahre lang mit zwei Stimmen Mehrheit gegen zwei Oppositionsparteien im Landtag durchsetzen müssen. Die parlamentarische Situation der SPD hätte sich damit ungleich schwieriger dargestellt als jetzt.

Für die FDP bedeutet jedoch der Verlust der Landtagsitze die Gefahr, landespolitisch völlig ins Abseits und in Vergessenheit zu geraten, da eine außerparlamentarische Arbeitsgruppe ehemaliger Abgeordneter wesentlich größere Schwierigkeiten als eine Fraktion hat, sich öffentlich Gehör zu verschaffen.

Wenig glaubwürdig begann die Landes-FDP unmittelbar nach der Landtagswahl, ihre Oppositionsrolle einzuüben, indem sie sofort die Landesregierung angriff, mit der sie sich im Wahlkampf bis zur Unkenntlichkeit in Harmonie geübt hatte. Auch bei der FDP herrscht augenblicklich landespolitische Sprachlosigkeit. Gerade im Vorfeld der Bundestagswahl fiel es ihr schwer, eine aggressive Oppositionsrolle mit der Bonner Koalitionsrolle zu vereinen. Nach wie vor sind im übrigen noch vier FDP-Staatssekretäre im Amt, was mit der Oppositionsrolle der FDP nicht ohne weiteres zu vereinen ist.

Es ist zu vermuten, daß sich die Landes-FDP zukünftig zu einem von Bundespolitikern artikulierten eigenständigeren politischen Kurs gegenüber der SPD zu profilieren versucht, insbesondere mit konservativen wirtschaftspolitischen Aussagen. Diese Linie wird vor allem durch die Aussagen des Grafen Lambsdorff zur Montanmitbestimmung verdeutlicht. Das haben die Bonner Koalitionsverhandlungen bereits bitter erwiesen. Die Sozialdemokraten im Düsseldorfer Landtag und auf der Regierungsbank dort müssen jetzt um so deutlicher als Eckpfeiler für die Kontinuität der Montanmitbestimmung wirken. Damit stehen sie auch bei den Gewerkschaften im Wort.

Schließlich wird wahrscheinlich das Gewicht des kommunalpolitischen Flügels der FDP erstarren. Gerade im rheinischen Raum, insbesondere im Landschaftsverband Rheinland befinden sich diese Politiker sehr häufig in einem festen Bündnis mit der CDU.

Die NRW-Sozialdemokraten sollten aus all dem die Konsequenz ziehen. Notwendig ist, gerade die Politikfelder, wo sozialdemokratische Politik bisher durch die FDP politisch teilweise bis zur Unkenntlichkeit gehemmt wurde, umso intensiver zu bestellen.

(-/5.12.1980/hi/ca)



Adventliche Fieberphantasie
-----**Was nach der Erdbebenkatastrophe in Italien hätte geschehen können**

Von Dr. Hans Kühner

Mitglied des PEN-Clubs

Papst Johannes Paul II. hat angesichts der Erdbebenkatastrophe in Süditalien den sofortigen Verkauf des Apoll vom Belvedere sowie sämtlicher Tiaren früherer Päpste aus der Schatzkammer der Peterskirche an amerikanische Museen und Sammler angeordnet. Er hat seine Maßnahme damit begründet, bloße Trostworte am Ort des Unheils reichten nicht mehr aus und der Vatikan könne nicht immer nur Thesen der Nächstenliebe verkünden, Zahlungen jedoch dabei den Gläubigen überlassen. Der Papst hat sich zudem bereit erklärt, eine große Anzahl obdachlos Gewordener in den Palästen des Vatikanstaates unterzubringen. Der Kardinal-Vikar von Rom sowie der Episkopat Italiens sind vom Papst angewiesen worden, umgehend Raum für Erdbebenbeschädigte zur Verfügung zu stellen, vor allem in den bischöflichen Palais'.

Das Beispiel des Papstes veranlaßte die Kardinäle Höffner von Köln und Ratzinger von München, nicht nur Etagen ihrer weitläufigen Residenzen für Opfer mit Angehörigen, die Gastarbeiter sind, anzubieten, sondern sie forderten ihre Kollegen im Amt zu ähnlich koordinierenden Maßnahmen auf. Wie zu erfahren ist, hat Kardinal Höffner zudem veranlaßt, kirchlichen Landbesitz zu veräußern und die Gewinne umgehend für den Wiederaufbau der völlig zerstörten Gebiete Süditaliens bereitzustellen. Wie ergänzend zu erfahren ist, erklärte Kardinal Höffner, es gäbe zur Stunde wichtigere Dinge als die Erörterung des Konzils von Chalzedon (451 n. Chr.) im Zusammenhang mit dem Entzug von Lehrstühlen sowie des Abtreibungsparagraphen.

Die italienische Regierung soll sich - Bestätigungen stehen noch aus - nun doch entschlossen haben, Soldaten statt mit Gewehren mit Spaten und Tragbahren in die Katastrophengebiete zu entsenden; der Entscheid wird bis zum Jahresende erwartet. Die allein mangelnder Hilfe wegen Zugrundegegangenen sollen wenigstens ein Staatsbegräbnis erhalten. Die Regierung ist willens, dazu den Staatssekretär für den unterentwickelten Süden und - eine besondere Auszeichnung - einen aus der Reihe jener Verantwortlichen zu delegieren, die stets gewissenhaft für die ungeschmälerte Übergabe der reichen internationalen Spenden an die Opfer der Erdbeben im Friaul und in Belice auf Sizilien Sorge getragen haben. Vorwürfe, daß kein einziges Regierungsmitglied es für nötig erachtet habe, den greisen Staatspräsidenten Pertini in die Trümmerswelt zu begleiten, wurden vom Kabinett in Rom dahingehend entkräftet, daß es zu naß und zu kalt sei, und Minister sich um das Volksganzen willen keinen leiblichen Gefahren aussetzen dürften.

Die deutsche Bundesregierung, die bereits mit einer viel beachteten Schweigeminute im Bundestag für die Opfer hervorgetreten ist, hat dem Vernehmen nach eine größere Anzahl von Hotels und Sanatorien bis zum Beginn der warmen Jahreszeit gemietet, damit Überlebende den Winter überstehen und zudem ärztlich bestens versorgt werden können.



Präsident Giscard d'Estaing hat bei Eintreffen der Schreckensnachrichten aus Italien als erstes den Verkauf der Bokassa-Diamanten befohlen und namhafte Beträge aus den französischen Waffengeschäften nach Italien überwiesen, wobei ein eigens beauftragter hoher französischer Jurist die Verwendung der Gelder beaufsichtigen wird.

Die Präsidenten Carter und Reagan sind Übereingekommen, die Aufrüstung lateinamerikanischer Diktatoren umgehend einzustellen und die realen wie zu erwartenden Gewinne für den Wiederaufbau der Erdbebenbereiche aufzuwenden.

Die Warschauer Paktstaaten haben angekündigt, daß sie zu sofortigen großzügigen Hilfsmaßnahmen bereit seien. Staatschef Breschnew seinerseits hat offen zugegeben, daß die Sowjetunion bisher allzusehr mit Krieg, Unruhestiftung und gezielten Aufrüstungen diktatorischer Staaten der Dritten Welt beschäftigt gewesen sei und viel zu wenig, ja eigentlich gar nichts zur Linderung menschlicher Not beigetragen habe.

UNO-Generalsekretär Waldheim erklärte, die Weltgesundheitsorganisation sei beauftragt worden, umgehend zweihundert Ärzte in das Katastrophengebiet zu entsenden. Die Kosten für notwendige Ambulanzen, Medikamente und Apparaturen würden aus Sonderbeiträgen der reichen Industriestaaten in der UNO übernommen, ebenso wie die spätere Überführung von Opfern in italienische Krankenhäuser. Wie Waldheim weiter betonte, werde die UNO die Patenschaft für alle nun in Süditalien verwaisten Kinder übernehmen, deren spätere Ausbildung der Unesco übertragen werden solle. Waldheim ergänzte, die UNO wolle wenigstens nach dem "Jahr des Kindes" etwas für Kinder tun.

Die EG hat die umgehende Auslieferung der gehorteten und zum Teil für die Vernichtung vorgesehenen Lebensmittelüberschüsse nach Süditalien angeordnet, um beizutragen, eine Hungersnot zu verhindern. Zudem wird die EG fünftausend Notküchen mitliefern.

Erzbischof Helder-Camara und Ernesto Cardenal sowie Roger Schütz von Taizé zusammen mit allen führenden Theologen der Befreiung äußerten angesichts dieser spontanen Hilfsangebote aus aller Welt, sie könnten nun zur Adventszeit endlich an so etwas wie christlich-humane, erbarmende Solidarität glauben.

Oder sind wir doch Opfer einer Fieberphantasie geworden?

(-/5.12.1980/bgy/ca)

+ + +

x) Dr. Hans Kühner, geboren 16. April 1912, ist Papst-, Kirchen- und Kulturhistoriker; er lebt seit 1933 in der Schweiz.

Verantwortlich: Willi Carl

